



Rat der
Europäischen Union

121578/EU XXV. GP
Eingelangt am 08/11/16

Brüssel, den 25. Oktober 2016
(OR. en)

13149/16
ADD 1

PV/CONS 47
ECOFIN 892

ENTWURF EINES PROTOKOLLS

Betr.: **3488.** Tagung des Rates der Europäischen Union
(Wirtschaft und Finanzen)
vom 11. Oktober 2016 in Luxemburg

TAGESORDNUNGSPUNKTE MIT ÖFFENTLICHKEIT DER BERATUNGEN¹

Seite

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

A-PUNKTE (Dok. 12841/16 PTS A 72)

1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2016: Sicherheit der Organe 3

B-PUNKTE (Dok. 12840/16 OJ CONS 46 ECOFIN 868)

3. Betrugsbekämpfung 3
 - Mit der Mehrwertsteuer verbundene Aspekte des Entwurfs einer Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (PIF-Richtlinie)
4. Sonstiges 3
 - Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen

*

* *

¹ Beratungen über Gesetzgebungsakte der Union (Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union), sonstige öffentliche Beratungen und öffentliche Aussprachen (Artikel 8 der Geschäftsordnung des Rates).

BERATUNGEN ÜBER GESETZGEBUNGSAKTE

(Öffentliche Beratung gemäß Artikel 16 Absatz 8 des Vertrags über die Europäische Union)

A-PUNKTE

1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan 2016: Sicherheit der Organe

12563/16 FIN 595 PE-L 52

vom AStV (2. Teil) am 28.9.2016 gebilligt

Der Rat legte seinen Standpunkt zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016 (siehe Dok. 12563/16) mit qualifizierter Mehrheit bei Stimmhaltung der österreichischen, der schwedischen und der britischen Delegation fest.

Erklärung Österreichs

"AT unterstützt ausdrücklich den Ansatz der EK, die Sicherheit in den EU-Institutionen und Europäischen Schulen zu verstärken. Der dafür im BH 3/2016 veranschlagte Betrag von 15,8 Mio. EUR sollte jedoch durch Umschichtungen aus unterimplementierten Bereichen aufgebracht werden. Daher enthält sich AT der Stimme."

B-PUNKTE

3. Betrugsbekämpfung

- **Mit der Mehrwertsteuer verbundene Aspekte des Entwurfs einer Richtlinie über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichtetem Betrug (PIF-Richtlinie)**
- = Gedankenaustausch

Die Minister wurden über den Stand der Beratungen unterrichtet und führten einen Gedankenaustausch über die Aufnahme von MwSt-Betrug in den Geltungsbereich der PIF-Richtlinie, um es dem Rat (Justiz und Inneres) zu ermöglichen, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu diesem Thema wieder in Gang zu bringen. Die meisten Minister brachten ihre Kompromissbereitschaft zum Ausdruck, formulierten aber gewisse Bedingungen – u. a. die Einschränkung des Geltungsbereichs auf die schwerwiegendsten Fälle von grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug. Verschiedene Minister sprachen sich gegen diese Aufnahme aus, wobei einige vorschlugen, MwSt-Betrug eher in den Geltungsbereich der Verordnung über eine Europäische Staatsanwaltschaft (EPPO) als in den der PIF-Richtlinie aufzunehmen. Einige Minister wiesen auch auf den Gesetzgebungsvorschlag zur generellen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft hin, den die Kommission voraussichtlich Ende 2016 vorlegen wird. Der Vorsitz erklärte abschließend, dass er die Ergebnisse dieses Gedankenaustauschs dem Rat (Justiz und Inneres) mitteilen werde.

4. Sonstiges

- **Aktuelle Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen**
- = Informationen des Vorsitzes
- 12655/16 EF 288 ECOFIN 844

Der Rat nahm Kenntnis vom Sachstand in Bezug auf die Gesetzgebungsvorschläge im Bereich der Finanzdienstleistungen.